

Notizen zum Zeitgeschehen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Judaica : Beiträge zum Verstehen des Judentums**

Band (Jahr): **15 (1959)**

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

NOTIZEN ZUM ZEITGESCHEHEN

Stimmen zum Antisemitismus im heutigen Deutschland

Manfred George, Chefredaktor der in New York erscheinenden Zeitung «Reconstruction» hat eine Umfrage unter prominenten Deutschen im heutigen Deutschland angeregt. Die deutsche Zeitung «Die Zeit» hat das Ergebnis derselben in ihrer Ausgabe vom 10. April 1959 veröffentlicht. Darnach antworteten:

— *der Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier:*

«Einen Antisemitismus nennenswerten Ausmaßes gibt es in der Bundesrepublik nicht. Das öffentliche Bewußtsein wird vielmehr von der aus leidvoller Erfahrung gewonnenen Erkenntnis beherrscht, daß das durch viele Jahre hindurch politisch irreführende deutsche Volk viel wieder gutzumachen hat an den Völkern, mit denen es im Laufe seiner jüngsten Geschichte in Konflikt geraten ist. Dies gilt vor allem im Blick auf das Judentum, dem das deutsche Volk nicht nur eine materielle Wiedergutmachung schuldet. . . . Die Öffentlichkeit läßt sich leicht durch die Berichterstattung der

deutschen Presse über die erwähnten antisemitischen Vorkommnisse irreführen. Aus der relativen Häufigkeit solcher Meldungen und Berichte zieht sie den falschen Schluß, daß der Antisemitismus im deutschen Volk weit verbreitet sei. Richtiger ist aber wohl die Schlußfolgerung, daß die Organe der öffentlichen Meinung mindestens ebenso wachsam die tatsächlichen oder scheinbaren antisemitischen Vorkommnisse in Deutschland verfolgen wie die verantwortlichen Politiker.»

— *der Feuilletonchef der Zeit, Rudolf Walter Leonhardt:*

«Weder die Skandalpresse noch die Tausende von bösen Briefen, die an den Bürgermeister von Hamburg (nach dem Nieland-Prozeß) oder an jüdische Redakteure geschickt werden, vermögen mich davon zu überzeugen, daß es einen neuen Judenhaß in Deutschland gäbe (und eigentlich wäre nur das wirklich eine Gefahr) oder daß der alte, von Hitler befohlene, von armen Irren in langen Denkschriften theoretisch begründete Antisemitismus nicht

im Aussterben begriffen wäre. Daran vermögen auch die zwanzig bösen Briefe, die daraufhin jetzt an mich geschrieben werden, überhaupt nichts zu ändern.

— *der Journalist und Rundfunkkommentator Ernst Friedländer:*

«Aber um den Antisemitismus nationalsozialistischer Prägung muß man sich ernste Sorge machen. Auch er ist nicht tot. Es ist ein Restbestand übriggeblieben. Nicht Millionen hängen ihm an, aber sicher Zehntausende. Genaueres läßt sich nicht schätzen. Die Übriggebliebenen finden sich in den Jahrgängen über vierzig. . . Aber auf das Aussterben allein sollte man nicht vertrauen. Es gilt zu verhindern, daß der Funke überspringt auf die Jüngeren. Denn auch das ist möglich. Zind und die andern Fälle der letzten Zeit sind weniger beunruhigend als ein längst nicht so bekannt gewordener Vorgang in Berlin. Da hatte Ende Januar bei einer Aufführung von Thomas Harlans ‚Chronik des Warschauer Ghettos‘ ein Störtrupp von Jugendlichen randaliert und Stinkbomben geworfen. Bei Verhören durch die politische Polizei gaben fünf beteiligte Schüler

im Alter von 14 bis 17 Jahren zu, «rechtsradikal» eingestellt zu sein. Sie erklärten, begeisterte Leser einer in Hannover erscheinenden neonazistischen Zeitung zu sein und durch sie die Adresse eines 63jährigen Alt-Nazis, ehemaligen Trägers des ‚goldenen Parteiabzeichens‘ und Reichsredners der Partei, erfahren zu haben, der sie dann zu der Störung der Aufführung angestiftet hat. Hier ist also ein Fall, wo das Gift hinüberwirkte zu den Jungen.»

— *der Prorektor der Universität Hamburg, Professor Karl Schiller:*

«Die Mitglieder der deutschen Studentenschaft, welche politisch orientiert oder organisiert sind oder in der akademischen Selbstverwaltung wirken, sind äußerst empfindlich und wachsam gegenüber etwaigen Erscheinungen der Rassendiskriminierung. Als sich beispielsweise an der hiesigen Universität eine ausländische Studentenvereinigung bilden wollte und dabei der (vielleicht sogar falsche) Eindruck entstand, daß jene (wohl-gemerkt: nichtdeutsche) Vereinigung antiisraelischen Charakter annehmen würde, erhob der

Allgemeine Studentenausschuß sofort nachdrücklichst Einspruch gegen diese Gründung. Weiter erzählte mir kürzlich ein Kollege aus Süddeutschland, er habe in seiner Universität nach einem Vortrag zum Thema Antisemitismus mit seinen Hörern eine außerordentlich ernsthafte und ermutigende Diskussion gehabt, was meine Erfahrungen bestätigt. Einige Tage später habe er ein paar weniger schöne Zuschriften erhalten; diese seien unzweifelhaft, ihrem Inhalt und der Form nach, von Angehörigen der älteren und mittleren Generation ‚aus der Stadt‘, nicht dagegen aus Kreisen der Jugend gekommen. Ich glaube, daß diese Beispiele für sich sprechen.»

— *Ulrich Gemhardt vom Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Frankfurt a. M.:*

«Die Gefahr des Antisemitismus wird erst gebannt werden, wenn die, die Veranlassung haben, aus Scham zu vergessen, nicht verhehlen, daß sie Antisemiten waren, und nicht verhehlen, daß sie damit dem Verbrechen Vorschub geleistet haben.»

* * *

Beunruhigt durch die Fälle Eisele, Zind, Nieland hat sich auch das *American Jewish Committee* mit einem Briefe an den Bundeskanzler Dr. *Adenauer* gewandt. In seiner Antwort vertrat dieser die Auffassung, der Antisemitismus in Deutschland sei zwar sehr bedauerlich, er repräsentiere aber nicht die Einstellung des ganzen deutschen Volkes. Von kommunistischer Seite gehe diesbezüglich eine Kampagne aus, um die Bundesrepublik zu diskreditieren. Auf die behauptete Untergrundorganisation, die Kriegsverbrecher und Nazis nach den arabischen Ländern herausschmuggeln soll, ging der Bundeskanzler nicht ein. Dagegen sagte er: «Ich gebe die Versicherung ab, daß die Bundesregierung mit allem Ernste und allen Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen, die antisemitischen Erscheinungen bekämpfen wird.»

Darauf reagierte mit einem «Offenen Brief» die Wochenzeitung der deutschen Widerstandsbewegung «*Die Tat*». Bezugnehmend auf des Kanzlers Äußerung, daß es in der Bundesrepublik keinen «eigentlichen» Antisemitismus oder Neonazismus gäbe und daß die antisemitischen Ausschreitungen der letz-

ten Zeit von Kommunisten stammten, heißt es in diesem Brief: «Ihre Darstellung entspricht nicht dem wahren Sachverhalt.» «Wir widersprechen ihr mit aller Schärfe. Das sind wir als Journalisten unserem Beruf und als Antifaschisten der Wahrheit, der deutschen Widerstandsbewegung, dem deutschen Volk und der Weltöffentlichkeit schuldig. Es gibt in der Bundesrepublik wieder — oder noch immer — Antisemitismus.» Zum Beweis hiefür weist das Blatt auf folgende Tatsachen hin: 68 Friedhofschändungen seit 1950, wobei 1025 jüdische Grabmäler zerstört oder geschändet wurden; über 1200 militaristische «Traditionsverbände» und rund 60 faschistische Emigrantorganisationen bestehen in Westdeutschland, ferner rund 50 SS-Verbände und rund 60 nazistische Jugendorganisationen; schließlich die Tätigkeit von Antisemiten wie Budde, Oberländer, Bräutigam, Globke, Schweinsberger und anderen, die in hohen und höchsten Ämtern sich befinden. Nazismus und Antisemitismus seien mittlerweile zu einer Seuche in der Bundesrepublik geworden, welche das deutsche Volk aufs schwerste gefährde. Und abschließend

fordert der offene Brief: «Nicht reden — säubern, Herr Bundeskanzler!»

* * *

Eine jüdische Stimme ließ sich zur Sache in der Zeitschrift «*Das neue Israel*» wie folgt vernehmen:

«Es ist kein Zweifel am ehrlichen Willen der Bundesregierung, alles zu tun, um die Schmach der Vergangenheit nicht neu aufkommen zu lassen, erlaubt. Aber das hindert nicht, festzustellen, daß das verblöddende Gift des Antisemitismus sowohl spontan wie auch in der Form getarnter politischer Zielsetzung wieder in Erscheinung tritt. Bemerkenswert ist der Fall Harlan in Berlin, bei dessen antisemitischen Treiben junge Leute im Alter von 14 bis 23 Jahren Stinkbomben warfen. Die Vierzehnjährigen waren beim Untergang des Hitlerregimes just geboren, die Dreiundzwanzigjährigen waren damals neun Jahre alt. Man kann daher kaum sagen, daß diese jugendlichen Antisemiten noch direkt vom Hitlerregime her antisemitisch infiziert seien. Es ist auffällig, daß es in Deutschland lebende Juden gibt, die in den heutigen antisemitischen Vorgängen keine

ernste Gefahr sehen, indem sie darauf verweisen, daß die 45 000 zurzeit in Deutschland lebenden Juden im Meer von 50 Millionen nichtjüdischen Deutschen verschwänden. Uns scheint, daß diese in Deutschland wieder eingeordneten Juden eine Binde vor den Augen tragen, die sie sich selbst umgebunden haben, um ihren Seelenfrieden möglichst lange im Gleichgewicht zu halten. Der geringe Prozentsatz an Juden besagt für das Ausmaß der antisemitischen Gefahr nichts. Antisemitismus ist eine politischen Waffe, die des lebendigen Objekts kaum bedarf. Es gab schon früher den militantesten Antisemitismus in Gegenden wie Thüringen, wo relativ wenige Juden wohnten. Ferner ist der Antisemitismus ein guter Exportartikel, mit dem man Bündnisse mit Antisemiten anderer Länder zustande bringt. Das deutsche Justizministerium sieht auch keine große Gefahr im jetzigen Zustand und verkündet, daß ein gewisses Maß an Antisemitismus in Kauf genommen werden müsse; er existiere auch in anderen Ländern. Das Ministerium übersieht dabei die Tatsache, daß schon einmal zuerst bloß «ein gewisses Maß» an Antisemitismus existierte, woraus

ein sechsmillionenfacher Mord entstand. Außerdem ist Antisemitismus nicht etwa wie Wasser, dessen bescheidenes Übermaß die Suppe doch noch genießbar erscheinen läßt. Er ist Gift und hat sich als lebensgefährlich erwiesen. Wir mögen den Juden in Deutschland den Seelenfrieden gönnen und verstehen ihr Bedürfnis nach Selbstbetrug, aber wir glauben, daß sie verpflichtet sind, Himmel und Hölle gegen das Neuaufkommen dieses Giftes in Bewegung zu setzen oder abermals auszuwandern. Und ferner glauben wir, daß alle gesetzlichen Bestimmungen und gerichtlichen Verurteilungen in keiner Weise an die Wurzel des Übels greifen. Bewußte erzieherische Arbeit über Jahre und bis in die kleinste Dorfschule könnte über Jahrzehnte gesehen einen gewissen Rückgang dieser antisemitischen Krankheit bewirken; Verbreitung wirklichen Wissens über Juden und Judentum könnte etwas dazu beitragen. Doch das ist vorwiegend Sache der Deutschen, und wenn wir auch an den guten Willen vieler ehrlicher Einsichtiger glauben, so hat sich der Antisemitismus als politisches Kampfmittel zu wirksam erwiesen, als daß es

zum Verschwinden gebracht werden könnte, etwa wie die Pest. Er muß immer, wie eine ewige Krankheit, aktiv bekämpft werden.»

Und wieder ein Fall Zind

Die sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Jeanette Wolff, Berlin, sah sich veranlaßt, gegen Staatssekretär Erich Tasche und gegen Paul Kümmel aus Freiburg i. Br. Strafantrag zu stellen wegen Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener. Tasche soll geäußert haben, die Wiedereinführung der Konzentrationslager sei wünschenswert, und es seien noch wenig Juden darin umgekommen. Kümmel habe gesagt, so wie man den Judenfrauen mit dem Spaten den Schädel eingeschlagen habe, gehöre es ihnen.

Der Chefredaktor der «Anklage» angeklagt

«Die Anklage» nennt sich eine Zeitung der «Entnazifizierungs- und Besatzungsgeschädigten». Und der gegenwärtige Chefredaktor dieses Blattes heißt Hans Robert Kremer. Er hat «Die Anklage» seit 1953 immer wieder benützt, um Organe der Bundes-

republik anzugreifen. Schlimm für ihn, daß er dies auch mit deutlich antisemitischen Doktrinen glaubte tun zu müssen. So schrieb er zum Beispiel am 1. Juni 1956: «Das deutsche Volk weiß auch, daß die Behauptung von den sechs Millionen ermordeten Juden eine Propagandamache ist. Es weiß, daß gewisse jüdische und kirchliche Kreise dem Volke eine innerlich unmännliche und verheuchelte Schuld- und Bußgesinnung aufzwingen wollen, um es seelisch gebrochen und versklavt zu halten.» Vor dem Dritten Senat des Bundesgerichtshofes wird sich Herr Kremer über solche und ähnliche Äußerungen näher aussprechen müssen.

Die Umschläge beschlagnahmt!

In Deutschland werden aus Amerika gegenwärtig Platten eingeführt, welche die Stimme Hitlers und anderer Naziführer sowie auch längstverklungene Nazilieder neu ertönen lassen. Obwohl eine solche Platte ein geeignetes Spielgerät voraussetzt und darüber hinaus mit 28 Mark zu «berappen» ist, scheint der Verkauf derselben im Wirtschaftswunderland die Ausmaße eines Bestsellers anzunehmen.

Die Behörden sind freilich schon dabei, zu prüfen, ob der Vertrieb dieser Platten zu verbieten sei. Ein Gericht hat sich auch schon den Witz geleistet, die Beschlagnahme der Umschläge zu verfügen, in die die Platten verwahrt sind. Diese tragen nämlich das Bild Hitlers und anderer Nazi-führer und ein Hakenkreuzchen ist auch stets dabei. Ferner ist auch ein Verbot ausgesprochen worden, die Platten öffentlich abzuspielen, wogegen die Verkäufer sich bereits mit dem Hinweis gewendet haben, es handle sich doch nur um eine «Erinnerung an die schreckliche Hitlerzeit, die jetzt überwunden sei»! Die Sozialdemokratische Partei verlangte von der Regierung das Verkaufsverbot für das ganze Gebiet der Bundesrepublik.

Wie sich Herr Georg Knostmann zur Wahl empfohlen hat

Er ist Vorsitzender der neonazistischen «Deutschen Reichspartei», obiger Herr Knostmann, im Bezirk Wittlage bei Osna-brück und ist aufgefallen durch die Art, wie er sich dem wählenden Publikum selber zur Wahl empfehlen ließ. Auf seinen Propagandaplakaten soll nämlich stets in Fettdruck zu lesen ge-

wesen sein, daß besagter Herr Knostmann in den Jahren 1932 bis 1939 «hauptamtlich» als Adjutant in der SA tätig gewesen sei. Herr Knostmann hat sein Mandat bekommen. Er ist gewählt worden! Wegen oder trotz des Fettgedruckten — das möchte man gerne wissen.

Einsteins zwei Prozesse

Es handelt sich natürlich nicht um den berühmten Physiker dieses Namens, sondern um den auch nicht ganz unbekanntesten Kunstkritiker und Lyriker Siegfried Einstein. Im Jahre 1934 hat er wegen seiner jüdischen Herkunft aus Deutschland emigrieren müssen und fand in der Schweiz Asyl. Nach dem Krieg ließ er sich in dem Städtchen Lampertheim, vor den Toren Mannheims, nieder. Hier haben sich in der Folge die Ereignisse zugetragen, die Einstein zweimal vor die Schranken des Gerichtes brachten, wohlgemerkt: als Angeklagten! Zur ersten Anklage kam es so: Vor dem Hause des Schriftstellers wurde das Horst-Wessel-Lied gesungen, natürlich nicht von ungefähr vor seinem Haus! Bald ertönten auch Rufe wie «Dreckiger Jud» und «Jud, komm runter!»

Einstein zahlte mit gleicher Münze zurück und rief: «Nazibonzen» und «nazistische Blut-hunde». Nun griff die Obrigkeit zu. Nicht um den jüdischen Mitbürger zu verteidigen, sondern um die Ehre der ehemaligen Nazi wieder herzustellen. Das Urteil lautete auf 300 Mark Buße für Einstein. Heute sagt er dazu vor Gericht: «Ich bin von Nationalsozialisten verurteilt worden», denn in beiden Instanzen waren die Vorsitzenden, den Aussagen des Angeklagten zufolge, Ehemalige der NSDAP. — Und wie ist es zur zweiten Anklage gekommen? Im Herbst 1955 war Justizinspektor Wilhelm Rau aus Rußland nach Lampertheim zurückgekehrt. Die Kirchenglocken wurden geläutet, und der Bürgermeister empfing den Spätheimkehrer wie einen Helden, obwohl Rau unmittelbar nach Kriegsende von den Russen zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war. Einstein erinnerte sich, über diesen Mann recht wenig Rühmliches vernommen zu haben, und er kam auch in den Besitz von Dokumenten, aus denen hervorging, daß Rau sich zwischen 1939 und 1942 als Vertreter der deutschen Justiz in Polen befand. Im Dezember 1939 soll er bei Mißhand-

lungen von polnischen Juden in Brezesc-Kujawski auch dabeigewesen sein und fotografiert haben, wie man da Juden zwang, sich die Bärte abzurasierern und die Barthaare aufzuessen. Einstein gab sein Wissen weiter, und ein Kommentator von Radio Stuttgart machte in einer Sendung Gebrauch davon. Das brachte Einstein ein zweites Mal vor das Gericht. Mit Hilfe seines in Ost-Berlin seßhaften Anwaltes trachtete er an die Gerichtsakten heranzukommen, auf Grund welcher Rau von den Russen in Polen als Kriegsverbrecher verurteilt worden war. Wie es scheint nicht ohne Erfolg. Jedenfalls stellte sein Verteidiger den Antrag, das Gericht möge von diesen Akten Kenntnis nehmen. Die Anklage war freilich der Meinung, daß dies wenig sinnvoll sei, weil die dortigen Verfahren «unter Außerachtlassung aller rechtsstaatlichen Prinzipien durchgeführt» worden seien. Ob das Gericht sich diese Auffassung zu eigen machen konnte? Es zog sich zu längerer Beratung zurück und entschied auf Beiziehung der russischen Dokumente. Einstein hatte eine Runde gewonnen! Aber trotzdem hat er mittlerweile das allzu idyllische Lam-

pertheim verlassen und ist nach dem größeren Mannheim umgezogen.

Lueth contra Thielicke

Mit dem bekannten Hamburger Theologie-Professor Thielicke hatte der als Vorkämpfer für die christlich-jüdische Zusammenarbeit in Deutschland nicht weniger bekannte Erich Lueth ein «Hühnchen zu rupfen». Es scheint, daß der genannte Theologe im Zusammenhang mit dem Nieland-Prozeß richtiggehend auf Abwege geraten ist. Er veröffentlichte in einer Hamburger Kirchenzeitung gegen die Journalisten, die gegen das Urteil im Nieland-Prozeß ihre Stimme erhoben hatten, eine Philippika, nannte darin diese Journalisten «Ruf- und Leumundsmörder». Lueth hielt ihm nun entgegen, daß zu den legitimen Rechten eines demokratischen Staatsbürgers und eines lutherischen Christen auch das Recht der Urteilsschelte gehöre. Sowohl im Grundgesetz der Bundesrepublik als auch in der Hamburger Verfassung bestehe die Institution der Richteranklage. Es sei daher legitim, die geistigen Voraussetzungen und Ursa-

chen eines allgemein als Unrecht anerkannten Gerichtsbeschlusses zu ergründen. Namhafte Juristen hätten inzwischen bewiesen, daß der Judenheter Nieland auf Grund der bestehenden Gesetze hätte verurteilt werden müssen. Wenn dies nicht geschehen sei, so seien die Gründe dafür in der Person des Landgerichtsdirektors Budde zu suchen, dessen antisemitische Vergangenheit bekannt sei. Lueths «Offener Brief» schließt mit den Worten: «Ich habe vor der Krone der Märtyrer eine zu große Ehrfurcht, als daß es mir erträglich wäre, daß Sie (gemeint ist Thielicke) Herrn Budde zum Märtyrer stempeln. Diese Dornenkrone wurde und wird immer wieder den Opfern des Judenhasses aufs Haupt gedrückt: unseren jüdischen Brüdern, an denen wir Christen auch in diesen Tagen erneut schuldig wurden.»

Nazispuk auch in Österreich

«Hoffentlich räumt das Gericht mit diesem Nazispuk gründlich auf!» schrieb unlängst eine österreichische Arbeiterzeitung. Nach langem Zögern hatten sich die österreichischen Behörden entschlossen, die neona-

zistische Zeitschrift «Der Trommler» zu beschlagnahmen. Das Blatt gehörte einer von Konrad Windisch geführten Jugendorganisation. Dieser wurde verhaftet, während sein Mitarbeiter, Hans Vernatier, sich rechtzeitig nach Westdeutschland absetzte.

*Die in Österreich geschädigten
Juden warten noch immer*

Anlässlich einer Tagung der Sozialistischen Internationale in London nahm der israelische Repräsentant der Mapai die Gelegenheit wahr, den anwesenden österreichischen Vizekanzler Pittermann auf die noch unge löste Wiedergutmachungsfrage Österreichs hinzuweisen. Er machte ihn auf die Unzufriedenheit der jüdischen Öffentlichkeit über das unbefriedigende Verhalten der maßgebenden österreichischen Stellen zu den längst überfälligen Forderungen der Nazi-Opfer aufmerksam. Die Bundesrepublik hat den österreichischen Anspruch auf eine Wiedergutmachungsleistung für die Opfer des nationalsozialistischen Regimes und die in Österreich angesiedelten Heimatvertriebenen kürzlich abgelehnt.

Presseberichten zufolge will aber Wien sich mit diesem negativen Bescheid nicht abfinden. Die Geschädigten und Wiedergutmachungsberechtigten sind selbstredend brennend daran interessiert, daß ihre Ansprüche durch diese Kontroverse nicht abermals auf die lange Bank geschoben werden.

Gutes aus Bonn

Die Regierung in Bonn hat die deutsche Botschaft in Kairo angewiesen, den Paß von Prof. Johannes von Leers, dem früheren Nazi, der in Kairo für die dortige Regierung arbeitet, zu annullieren. Ferner vernimmt man, daß sich Bonn bereit erklärt habe, auch französische Juden, deren Hausrat von den Nazis beschlagnahmt wurde, zu entschädigen. Nach einer Vereinbarung, die mit dem «Fonds Social Juif Unifié» getroffen wurde, ist die Bundesrepublik bereit, 80% des Wertes zu bezahlen, unabhängig davon, ob der Nachweis der Überführung des beschlagnahmten Gutes nach Deutschland geleistet ist. Ungefähr 10 000 Personen haben Ansprüche auf Entschädigung eingereicht.

Eine neue Synagoge in Berlin

In Berlin-Kreuzberg ist eine neue Synagoge gebaut und eingeweiht worden. Der Neubau wurde an der Stelle errichtet, wo das in der Kristallnacht des Jahres 1938 zerstörte jüdische Gotteshaus stand. Die neue Synagoge hat 300 Sitzplätze.

Nach Marilyn: Elisabeth

Vor kurzem vernahm man aus der amerikanischen Filmmetropole, Marilyn Monroe sei zum Judentum übergetreten. Nun kommt dieselbe Meldung über den Ozean bezüglich einer anderen Prominenten der Leinwand: Elisabeth Taylor. Diese letztere soll an einem «Bonds-für-Israel-Dinner» auch für 100 000 Dollars Israelbonds gekauft haben. Sie habe neben ihrem Bibelstudium zur Vorbereitung des Übertrittes eine Reihe Bücher über grundlegende jüdische Fragen gelesen und lerne gegenwärtig auch Hebräisch.

Neuer Wind aus Rom

Papst Johannes XXIII. hat die Welt bereits mit einigen Ini-

tiativen überrascht, die man weitherum von dem alten Manne nicht mehr erwartet hat. Eine derselben betrifft das Karfreitagsgebet in der Liturgie der Römisch-Katholischen Kirche. Unter den verschiedenen Fürbitten dieses Gebetes lautete bis anhin eine so: Oremus et pro perfidis Judaeis — lasset uns auch beten für die «perfiden» Juden. So jedenfalls mögen es die meisten Gläubigen verstanden haben. Der Vorgänger des heutigen Papstes hatte freilich schon erklärt, daß das «perfidis» mit «ungläubig» zu übersetzen sei, was philologisch gesehen nur schwer möglich ist. Nun hat Johannes XXIII. sauberen Tisch gemacht. Er hat verfügt, daß das anrühige perfidis zu streichen sei. Und Kardinal Cereinto, der die Karfreitagsliturgie dies Jahr im Vatikan gelesen hat, brauchte zum ersten Male die Formel: «Oremus et pro Judaeis» — laßt uns auch beten für die Juden.

Johannes XXIII hat den Botschafter Israels, Eliahu Sassoon, zum Ritter des Großen Ordens St. Silvestre ernannt. Dieser Orden, der direkt durch den Papst verliehen wird, ist damit zum ersten Male einem Juden zuerkannt worden.

Noch eine Gipfelkonferenz

Ein amerikanischer Rabbiner hat in einem Schreiben an den Papst Johannes XXIII. die Einberufung einer «Gipfelkonferenz» aller religiösen Führer der Welt angeregt. Offensichtlich war dies Projekt als eine Art Abänderungsvorschlag des von Papst Johannes XXIII. bereits angekündigten «Ökumenischen Konzils» gedacht. Auch einem initiativen Papst dürfte damit etwas zu viel zugemutet sein. Rom liegt nicht im Land der unbegrenzten Möglichkeiten.

Gegen die Auswanderung nach Israel

Radio Moskau und die Moskauer Tageszeitungen wandten sich gegen die Gerüchte, daß aus Rußland eine Auswanderung großen Stils nach Israel einsetzen werde. Das seien Berichte, die aus zionistischen Quellen stammen und den Zweck hätten, die arabischen Regierungen mit Rußland zu verfeinden. — Die rumänische Regierung verbreitete eine offizielle Erklärung, in welcher die zionistische Tätigkeit in Rumänien scharf verurteilt wird. Die israelische Gesandtschaft versuche in Verletzung aller gewohnheitsrechtlichen Be-

stimmungen durch Schlagworte die Juden zu verwirren. Die rumänische Regierung sichere der ganzen Bevölkerung unabhängig von Religion und Rasse die volle Gleichberechtigung. Alle Bürger hätten gleiches Recht auf Arbeit und einen annehmbaren Lebensstandard. Es bestehe darum kein Grund, die Auswanderung zu ermutigen.

Zwei Erklärungen König Husseins

In einem Fernseh-Interview äußerte sich der jordanische König Hussein zur Frage der Palästinaflüchtlinge und zur Frage der jüdischen Einwanderung in Israel. Er sagte, daß die Ansiedlung von Flüchtlingen in anderen arabischen Ländern das Flüchtlingsproblem zum Teil lösen könnte, und eine größere Einwanderung nach Israel betrachte er nicht als eine akute Gefährdung des Friedens.

Wann kommt der Friede mit Israel?

Golda Meir gab in der Knesseth als Leiterin der Außenpolitik Israels die Erklärung ab, daß Israel vom Frieden mit den Arabern noch weit entfernt sei, aber nicht mehr so weit wie in früheren Jahren. An einer Kundge-

bung der Mapai sagte sie, daß der Friede mit den arabischen Staaten nie so nahe war wie jetzt. Es sei die Stärke der israelischen Streitkräfte gewesen, die eine Änderung der Lage bewirkt habe. Die Araber sähen

jetzt ein, daß sie keine Chance haben, Israel zu zerstören, wie sie ursprünglich beabsichtigten. Also gebe es für sie nur noch den Weg zum Frieden mit Israel.

Spectator

REZENSIONEN

HANS LAMM: *Von Juden in München*, Ner-Tamid-Verlag, München 1958, 408 S., 70 Illustrationen, DM 24.80.

Ein bunt zusammengewürfeltes Buch, zu dem mehr als 100 verschiedene Autoren, Juden und Nichtjuden, beigetragen haben. Das Ganze ist als Festgabe zur Feier des 800jährigen Bestehens der Stadt München gedacht und herausgekommen. Es soll vor allem ein Bild der früheren jüdischen Gemeinde in München und des Beitrages geben, den die jüdischen Bürger im Kultur- und Wirtschaftsleben dieser Stadt geleistet haben. Dokumente, Essays, persönliche Erinnerungen, Studien, Gedichte fügen sich zu dem bunten Mosaik dieses Buches. Der reiche Stoff ist in drei Teile geordnet: «Wesen und Werden der Gemeinde», «Begegnungen — Menschen und Ideen», «Von Weltkrieg zu Weltkrieg: Von der Krise zum Untergang.» Das Buch ist ein eindrückliches Zeugnis von dem, was einmal gewesen ist, dann ruchlos zerstört wurde und doch nicht vollends zu zerstören war.

Zürich

Robert Brunner

Freuet euch mit Jerusalem. Herausgegeben und zu beziehen durch die Jerusalemskirche, Hamburg. DM 3.90.

Das Buch hat nichts mit der Stadt Jerusalem im Staate Israel zu tun, sondern mit der Jerusalemkirche in Hamburg und dem damit verbundenen Missionswerk. Es stellt, mit vielen Beiträgen und Bildern, einen dankbaren Gruß dar an den langjährigen Leiter dieses Missionswerkes, an Pastor Dr. A. Frank, der am 6. März seinen hundertsten Geburtstag feiern konnte. An Pastor Frank, dem Senior aller Judenchristen, zeigt sich in vollem Umfang welcher Segen für Kirche und Mission ein zu Christus bekehrter Jude sein kann. Allen Freunden und noch mehr allen Gegnern der Judenmission sei dieses Buch empfohlen. Es ist in hohem Maße geeignet, Zweifel am Wert und der Fruchtbarkeit der Judenmission zu zerstreuen.

Henry H. Poms